



Religion an Schulen

Islamischer Religionsunterricht in Deutschland

April 2018

MEDIENDIENST INTEGRATION

Schiffbauerdamm 40 | Raum 2107
10117 Berlin

Telefon: +49 30 200 764 80
mail@mediendienst-integration.de

Zentrale Ergebnisse.....	3
1. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht durch muslimische Verbände.....	7
Hessen	7
Niedersachsen	8
Berlin	8
2. Modellversuche mit Beteiligung muslimischer Verbände oder Gemeinden	9
Nordrhein-Westfalen	9
Baden-Württemberg.....	10
Rheinland-Pfalz.....	10
Saarland	11
3. Islamkunde in staatlicher Verantwortung.....	12
Bayern.....	12
Schleswig-Holstein	12
4. Konfessionsübergreifender Religionsunterricht für alle	13
Hamburg	13
Bremen	13

Zentrale Ergebnisse

Mehrere Bundesländer bieten heute einen islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache an. Er wird in der Regel von Lehrkräften im Landesdienst und auf Basis eines staatlichen Lehrplans erteilt. Er unterliegt – wie jeder andere Unterricht auch – der staatlichen Schulaufsicht. Der Staat achtet vor allem auf die Qualifikation der Lehrkräfte sowie die Einhaltung pädagogischer und wissenschaftlicher Standards.

Der MEDIENDIENST hat bei den Kultusministerien aller 16 Bundesländer nachgefragt, ob es bei ihnen einen islamischen Religionsunterricht gibt, wenn ja, in welcher Form, und wie viele Schüler im laufenden Schuljahr 2017/18 diesen Unterricht besuchen. Zum Vergleich hat der MEDIENDIENST gefragt, welchen anderen Religionsunterricht oder welche anderen alternativen Angebote es gibt, und wie viele Schüler diese besuchen.

Das Ergebnis: Deutschlandweit nehmen derzeit **über 54.000 Schülerinnen und Schüler an über 800 Schulen** an einer Form von islamischem Religionsunterricht teil. Das sind so viele wie nie zuvor. Vor zwei Jahren, im Schuljahr 2015/16, waren es gut 42.000 Schüler, wie eine Auswertung der Kultusministerkonferenz ergab.¹

Außerdem besuchten rund **800 Schülerinnen und Schüler** einen alevitischen Religionsunterricht, der in acht Bundesländern angeboten wird.²

Zugleich ist die Nachfrage damit noch lange nicht gedeckt. Wie die Studie „Muslimisches Leben in Deutschland“ von 2009 ergab, wünschten sich damals 76 Prozent der Muslime in Deutschland einen islamischen Religionsunterricht an öffentlichen Schulen.³ Etwa 580.000 Schüler im schulpflichtigen Alter von 6 bis unter 18 Jahren würden den islamischen Religionsunterricht und etwa 70.000 den alevitischen Religionsunterricht besuchen, wenn es so ein Angebot gäbe, hatte die Deutsche Islam Konferenz (DIK) 2009 ermittelt.⁴

Trotz steigender Teilnehmerzahlen ist die Zukunft des islamischen Religionsunterrichts aber nicht gesichert. In fünf Bundesländern wird er bis heute in befristeten Modellprojekten erprobt.

Der übrige Religionsunterricht wird von den Religionsgemeinschaften selbst angeboten. Diese sind meist als Körperschaften des öffentlichen Rechts (KdöR) anerkannt.

¹ [Auswertung Religionsunterricht](#) Schuljahr 2015/16

² In Hessen, Niedersachsen, Berlin, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und im Saarland. Aleviten sind eine eigenständige Glaubensgemeinschaft aus der Türkei, deren Zugehörigkeit zum Islam umstritten ist. Die Verehrung von Ali, dem Schwiegersohn des Propheten Mohammed, steht im Zentrum. Manche Aleviten betrachten sich selbst als Muslime, andere als eine nichtmuslimische Religionsgemeinschaft. Aleviten teilen viele islamische Überzeugungen nicht und haben eigene Rituale und Traditionen. Sie beten zum Beispiel üblicherweise nicht in Moscheen, sondern treffen sich in Cem-Häusern. Die Alevitische Gemeinde e.V. vertritt über 150 lokale Gemeinden und erhebt den Anspruch, die Interessen der etwa 500.000 Aleviten in Deutschland zu vertreten. Sie ist seit 2006 Mitglied der Deutschen Islam Konferenz (DIK).

³ [Muslimisches Leben in Deutschland](#), Seite 18

⁴ http://www.deutsche-islam-konferenz.de/DIK/DE/DIK/5ReligionsunterrichtSchule/Schuelerpotenzial/schuelerpotenzial-node.html?jsessionid=8D62FF85091FEBFD9A156A85D67F93FE.1_cid286

In **neun Bundesländern** wird eine Form von islamischem Religionsunterricht angeboten. Dabei gibt es unterschiedliche Modelle.

1. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht durch muslimische Verbände

In **Hessen** und **Niedersachsen** wird islamischer Religionsunterricht in Zusammenarbeit mit und in Verantwortung von muslimischen Verbänden erteilt.⁵

Die Lehrpläne werden dabei von den Religionsgemeinschaften und staatlichen Stellen gemeinsam entwickelt. Die religiösen Grundsätze des Unterrichts werden durch die Religionsgemeinschaften festgelegt. Nur in diesen beiden Ländern gibt es demnach bekenntnisorientierten Unterricht gemäß Artikel 7 Absatz 3 Grundgesetz.⁶

In **Berlin** wird islamischer Religionsunterricht in alleiniger Verantwortung eines muslimischen Landesverbands⁷ als freiwilliger Zusatzunterricht erteilt.

2. Modellversuche mit muslimischen Partnern

Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das **Saarland** erproben islamischen Religionsunterricht in Modellprojekten. Muslimische Verbände oder lokale Moscheegemeinden werden dabei auf unterschiedliche Weise einbezogen.

3. Islamische Religionskunde in staatlicher Verantwortung

In **Bayern** und **Schleswig-Holstein** gibt es einen „islamkundlichen“ Unterricht in staatlicher Verantwortung. Die Religionsgemeinschaften sind daran nicht beteiligt.

4. Interkonfessioneller Religionsunterricht für alle

In **Hamburg** und **Bremen** gibt es einen interkonfessionellen Religionsunterricht, an dem Schüler aller Glaubensrichtungen teilnehmen.

5. Kein islamischer Religionsunterricht

In den **fünf östlichen Bundesländern** gibt es kein Angebot für muslimische Schüler.

⁵ In Hessen Ditib Hessen und Ahmadiyya Gemeinde, in Niedersachsen Ditib Nord und Schura Niedersachsen.

⁶ [Artikel 7](#) Absatz 3 Grundgesetz nach ist Religionsunterricht an öffentlichen Schulen ein ordentliches Lehrfach, das in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird. Bei der Erstellung der Lehrinhalte und bei der Auswahl der Lehrkräfte müssen die Religionsgemeinschaften eingebunden werden. Die meisten muslimischen Verbände sind bisher nicht als Religionsgemeinschaften (im Sinne von Körperschaften des öffentlichen Rechts) anerkannt. Einzige Ausnahme bisher bildet die Ahmadiyya Muslim Jamaat (AMJ). Hessen hat sie 2013 und Hamburg 2014 als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt und damit rechtlich mit den Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften gleichgestellt. Die Länder können aber auch Verbänden, die nicht als Religionsgemeinschaften anerkannt sind, das Recht einräumen, an öffentlichen Schulen einen Religionsunterricht anzubieten.

⁷ Die „Islamische Föderation in Berlin“.

Islamischer Religionsunterricht in Deutschland



Quelle: Anfragen bei den Kultusministerien der Länder
© MEDIENDIENST INTEGRATION 2018

Bundesländer	Schüler im islamischen Religionsunterricht	Schulen mit islamischem Religionsunterricht
Baden-Württemberg	6.092	93
Bayern	14.000	350
Berlin	5.401	33
Hessen	3.349	69
Niedersachsen	3.075	62
Nordrhein-Westfalen	19.400	234
Rheinland-Pfalz	1.790	19
Saarland	160	4
Schleswig-Holstein	1.407	18
Total	54.674	882

1. Bekenntnisorientierter Religionsunterricht durch muslimische Verbände

Hessen

Hessen hat zum Schuljahr 2013/2014 einen islamischen Religionsunterricht eingeführt. Er wird derzeit an 69 Schulen angeboten – an 56 Grundschulen und an 13 weiterführenden Schulen. Zum Schuljahr 2017/2018 nehmen daran 3.350 Schüler teil. Rund 3.200 Schüler besuchen den Religionsunterricht des Islamverbands Ditib⁸, 150 Schüler den der Ahmadiyya-Gemeinde.

Kooperationspartner des Landes sind der hessische Ditib-Landesverband und die Ahmadiyya Muslim Jamaat. Die Ahmadiyya-Gemeinde ist in Hessen als Religionsgemeinschaft anerkannt. Die Kooperation mit Ditib wurde 2017 überprüft, um dem Vorwurf der politischen Einflussnahme aus der Türkei nachzugehen. Die hessische Landesregierung gab dafür drei Gutachten in Auftrag. Sie alle sahen keine Anhaltspunkte für eine konkrete Einflussnahme von Seiten der türkischen Religionsbehörde oder des türkischen Staates.⁹

Wegen der "institutionellen Verbindung" des hessischen Ditib-Landesverbandes mit der Ditib-Zentrale in Köln und der türkischen Religionsbehörde Diyanet sehen die Gutachter allerdings die grundsätzliche Möglichkeit einer politischen Einflussnahme. Das hessische Bildungsministerium verlangt deshalb vom Landesverband, seine Satzung im Laufe eines Jahres entsprechend zu ändern und von der Türkei unabhängige Vertreter in seine Gremien zu berufen. Falls nicht, würde Hessen die Kooperation beim staatlichen islamischen Schulunterricht aufkündigen.

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	evangelisch	katholisch	islamisch	adventistisch	freireligiös
Schüler	315.269	148.464	3.349	772	655

Ethik	mennonitisch	jüdisch	syrisch-orthodox	griechisch-orthodox	alevitisch
175.618	629	511	451	214	53

⁸ Abkürzung für „Diyanet İşleri Türk İslam Birliği“, Deutsch.: „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“

⁹ Kulturministerium Hessen, [DITIB Hessen als Kooperationspartner](#) für bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht, 5.12.2017

Niedersachsen

Auch Niedersachsen hat zum Schuljahr 2013/14 einen islamischen Religionsunterricht eingeführt. Er wird an 62 Schulen angeboten und im Schuljahr 2017/18 von rund 3.100 Schülern besucht. Im Jahr 2015/16 waren es knapp 3.600.

Als **Kooperationspartner** des Landes fungieren die „SCHURA Niedersachsen - Landesverband der Muslime in Niedersachsen e.V.“ und der „Ditib-Landesverband Niedersachsen und Bremen e.V.“. Sie bilden gemeinsam einen Beirat, der den islamischen Religionsunterricht verantwortet.

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht (2015/2016)	evangelisch	katholisch	„Werte und Normen“	„kooperativ-konfessionell“ (ev. und kath.)
Schüler	345.393	66.445	156.233	191.270

Religions- oder anderer Unterricht (2015/2016)	islamisch	jüdisch	orthodox	alevitisch
Schüler	3.582	k.A.	k.A.	k.A.

Berlin

In Berlin gilt eine Ausnahme vom Grundgesetz („Bremer Klausel“).¹⁰ Der bekenntnisorientierte Religionsunterricht ist in der Hauptstadt deshalb kein ordentliches Lehrfach. An weiterführenden Schulen ist Ethik ab der 7. Klasse ein Pflichtfach. Schüler können aber zusätzlich einen freiwilligen Religions- oder Weltanschauungsunterricht besuchen.

Islamischer Religionsunterricht wird in Berlin derzeit an 33 Grundschulen angeboten. Im Schuljahr 2017/18 nehmen daran rund 5.400 Schüler teil.

Die „Islamische Föderation“ hat sich in Berlin das Recht erstritten, seit dem Jahr 2001 an Berliner Schulen den islamischen Religionsunterricht zu erteilen. Die "Islamische Föderation" vertritt mehrere Moscheegemeinden und gilt als Landesverband der "Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs" (IGMG), die im Islamrat vertreten ist.

¹⁰ Artikel 141 GG: „Artikel 7 Abs. 3 Satz 1 findet keine Anwendung in einem Lande, in dem am 1. Januar 1949 eine andere landesrechtliche Regelung bestand.“

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	evangelisch	katholisch	islamisch	„Humanistische Lebenskunde“	jüdisch
Schüler	77.635	24.178	5.401	63.493	1.067

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	„Christengemeinschaft“	buddhistisch	alevitisch	sonstige
Schüler	317	15	181	4.781

2. Modellversuche mit Beteiligung muslimischer Verbände oder Gemeinden

Nordrhein-Westfalen

Nordrhein-Westfalen hat 2012 einen bekenntnisorientierten Islamunterricht als Modellversuch eingeführt, der landesweit derzeit an 234 Schulen angeboten wird. Rund 19.400 Schüler nehmen im Schuljahr 2017/18 daran teil. Das sind so viele wie in keinem anderen Bundesland. Nordrhein-Westfalen ist das Bundesland, in dem die meisten Muslime in Deutschland zu Hause sind.¹¹

Kooperationspartner: Der Modellversuch unterscheidet sich von einem bekenntnisorientierten Religionsunterricht im Sinne des Grundgesetzes dadurch, dass ein Beirat seine Lehrinhalte bestimmt und das Lehrpersonal auswählt. Dieser Beirat besteht zur Hälfte aus Vertretern, die das Schulministerium in NRW ernennt, und zur Hälfte aus Vertretern der muslimischen Verbände, die sich im Koordinierungsrat der Muslime (KRM) zusammengeschlossen haben.¹² Der Modellversuch ist vorläufig bis 2019 befristet.

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	evangelisch	katholisch	islamisch	syrisch-orthodox	orthodox
Schüler	666.576	871.696	19.400	1.533	571

¹¹ [Muslimisches Leben in Deutschland](#), Seite 107

¹² Das sind Ditib, der Islamrat, der Zentralrat der Muslime (ZMD) und der Verband der islamischen Kulturzentren (VIKZ).

Religions- oder anderer Unterricht (2015/2016)	jüdisch	mennonitisch	alevitisch	„Praktische Philosophie“	Philosophie
Schüler	488	360	58	219.926	103.592

Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg gibt es bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht seit 2006/07 als Modellversuch. Er wird derzeit landesweit an 93 Schulen angeboten. Im aktuellen Schuljahr 2017/18 nehmen rund 6.100 Schüler daran teil.

Kooperationspartner: Das Land setzt als Partner auf die jeweilige Elterngemeinschaft, die teilweise mit örtlichen Moscheegemeinden kooperiert. Ein Beirat, in dem muslimische Verbände vertreten sind, begleitet das Projekt. Die im Jahr 2013 von islamischen Verbänden eingereichten Anträge auf Erteilung eines bekenntnisorientierten Religionsunterrichts sind noch anhängig.

Der islamische Religionsunterricht wird seit Beginn kontinuierlich evaluiert und von der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe wissenschaftlich begleitet.

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	evangelisch	katholisch	Ethik	islamisch
Schüler	481.045	438.302	421.570	6.092

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	syrisch-orthodox	alevitisch	jüdisch	altkatholisch
Schüler	735	324	253	137

Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz findet der islamische Religionsunterricht im Rahmen eines Modellversuchs statt. Im Schuljahr 2017/18 wurde er an zwölf Grundschulen sowie an sieben weiterführenden Schulen angeboten. 1.790 Schüler nahmen im Schuljahr 2017/18 daran teil: 940 an einer Grundschule, 850 an weiterführenden Schulen.

Kooperationspartner sind regionale Verbände wie der Christlich-Islamische Gesprächskreis Ludwigshafen (CiG), die Islamische Frauenbildungsstätte Ludwigshafen (IGRA), der Arbeitskreis Mainzer Muslime (AKMI) und der Elternverein Worms und Umgebung.¹³

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	evangelisch	katholisch	Ethik	islamisch
Schüler	137.032	166.844	96.846	1.790

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	alevitisch	Andere (jüdisch, mennonitisch, freireligiös)	Kein Religionsunterricht
Schüler	57	3.755	5.098

Saarland

Im Saarland wird islamischer Religionsunterricht seit dem Schuljahr 2015/16 im Rahmen eines Modellversuchs an vier ausgewählten Grundschulen angeboten. Im laufenden Schuljahr nehmen daran rund 160 Kinder teil.

Kooperationspartner: lokale islamische Verbände und Vereine.

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	evangelisch	katholisch	islamisch	alevitisch	jüdisch	Ethik
Schüler	23.784	61.959	160	13	17	15.673

¹³ <https://religion.bildung-rp.de/islamischer-religionsunterricht-modellprojekt/beratung-und-ansprechpartner.html>

3. Islamkunde in staatlicher Verantwortung

Bayern

Bayern hat 2009 einen Modellversuch für einen Islamunterricht in staatlicher Verantwortung gestartet, der seitdem zwei Mal verlängert wurde. Muslimische Religionsgemeinschaften sind daran nicht beteiligt.

Dieser Islamunterricht wird derzeit an rund 350 Schulen angeboten. Im Schuljahr 2017/18 nehmen daran rund 14.000 Schüler teil.

2019 läuft der Modellversuch das nächste Mal aus. Anfang 2018 sprach sich der damalige Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) für einen weiteren Ausbau des Unterrichts aus. Sein Nachfolger Bernd Sibler (CSU) kündigte im April 2018 jedoch an, den Unterricht nicht ausweiten, sondern erst eine wissenschaftliche Evaluation abwarten zu wollen.

Zum Vergleich (alle Zahlen gerundet):

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	evangelisch	katholisch	islamisch	orthodox
Schüler	307.000	672.000	14.000	1.800

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	Jüdisch/ israelitisch	altkatholisch	alevitisch	Ethik
Schüler	300	k.A.	110	255.000

Schleswig-Holstein

In Schleswig-Holstein wird seit zehn Jahren ein „islamkundlicher“ Unterricht in der Verantwortung des Landes an ausgewählten Grundschulen angeboten. Islamische Religionsgemeinschaften sind daran nicht beteiligt.

Dieser Unterricht wird derzeit an 18 Grundschulen angeboten. Im Schuljahr 2017/18 nehmen daran 1.407 Kinder teil. Im Jahr davor waren es noch 1.216 Kinder. Die Teilnahme ist freiwillig und der Unterricht steht allen Schülern offen.

Zum Vergleich:

Religions- oder anderer Unterricht (2017/2018)	evangelisch	katholisch	islamisch	Philosophie
Schüler	171.459	4.651	1.216	k.A.

4. Konfessionsübergreifender Religionsunterricht für alle

Hamburg

In Hamburg gibt es einen „Religionsunterricht für alle“, der in evangelischer Verantwortung erteilt wird.

Der Unterricht wird an allen Hamburger Schulen als ordentliches Lehrfach angeboten. Erziehungsberechtigte können ihr Kind von der Teilnahme abmelden, was laut der „Behörde für Schule und Berufsbildung“ der Stadt Hamburg jedoch nur sehr selten erfolgt. Ab der siebten Klasse wird an manchen Schulen alternativ zum Religionsunterricht das Fach Philosophie als Wahlpflichtfach angeboten.

Die Hamburger Behörde schätzt, dass rund 25.000 Schüler mit muslimischem Hintergrund und rund 5.000 Schüler mit alevitischem Hintergrund am „Religionsunterricht für alle“ teilnehmen.¹⁴ Hamburg erhebt die Konfessionszugehörigkeit seiner Schüler aber grundsätzlich nicht.

Das Fach soll so weiterentwickelt werden, dass es in Zukunft in gleichberechtigter Verantwortung der evangelischen Nordkirche, der muslimischen Verbände¹⁵, der alevitischen Gemeinde und der jüdischen Gemeinde erteilt werden kann.

Bremen

Auch in Bremen gibt es ein Fach Religion, das allen Schülern gleich welcher Konfession offen steht. Der Unterricht wird in staatlicher Verantwortung angeboten. An weiterführenden Schulen gibt es das Fach „Biblische Geschichte“, das alternativ zum Fach Philosophie angeboten wird.

Wie viele der 60.400 Schüler in Bremen das Fach „Religion“ beziehungsweise „Biblische Geschichte“ oder „Philosophie“ besuchen wird nicht erhoben.

¹⁴ Auskunft der Hamburger Behörde für Schule und Berufsbildung gegenüber dem Mediendienst Integration.

¹⁵ Ditib Nord, Schura Hamburg und Verein der islamischen Kulturzentren (VIKZ). Mit ihnen hat die Stadt Hamburg 2013 einen Staatsvertrag geschlossen: <http://www.hamburg.de/contentblob/3551370/373c79022a3cc28025f815d9a33d2b49/data/download-muslim-verbaende.pdf;jsessionid=85656ADF16142E344011D8D0AF08806F.liveWorker2>